

# **Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre als Folge gescheiterter Globalisierung: Nachkriegsfolgen und der Untergang von Demokratien im Lichte konkurrierender Erklärungen**

Vorgetragen auf der Konferenz:  
Nach dem „Großen Krieg“. Vom Triumph zum  
Desaster der Demokratie 1918/19-1939

Hannah-Arendt-Institut, 6.8.10.2014

**Ekkart Zimmermann (München)**  
[EkkartZimmermann@-online.de](mailto:EkkartZimmermann@-online.de)

## **I. Einleitung**

Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie hat Kurt Lewin (1952:169) einmal gesagt. Ob und inwieweit dieser Rat auch in der Geschichtswissenschaft angekommen ist, kann angesichts des neuesten Historikerstreits um die Entstehung des Ersten Weltkriegs erneut bezweifelt werden.

Hier geht es darum, hoffentlich wichtige theoretische und empirische Befunde aus der vergleichenden Forschung über die Große Depression der Dreißigerjahre und ihre Folgen vielleicht zum „ersten Mal“ einigen Historikern und anderen deutschsprachigen Lesern kurz vorzustellen. Welche Schlüsse daraus gezogen werden, bleibe dahingestellt.

Es läge nahe, hier auf Mängel im jetzigen Historikerstreit über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs einzugehen, wie die Vermischung von *Strukturargumenten* mit *intentionalem Handeln* im Sinne von strategischen spieltheoretischen Alternativen, damit verbundenen Risiken und möglichen Gewinnen, und beigemischten *volkspädagogischen Erziehungsmotiven* (Beibehaltung, Einschränkung oder Revidierung der Alleinschuldthese Deutschlands). Im Kern handelt es sich jeweils um

Mängel in einem klar angelegten vergleichenden Untersuchungsplan (Zimmermann 2014). Dies gilt vorrangig für das entsprechende deutschsprachige historische Schrifttum.

Gleiches hat sich auch in der historischen Analyse der Zusammenhänge von Erstem Weltkrieg, Weltwirtschaftskrise und Scheitern der Demokratien, vor allem der Weimarer Republik, offenbart. Noch deutlicher: unsere eigenen vor ca. 25 Jahren vorgelegten vergleichenden Analysen über die wirtschaftlichen und politischen Reaktionen auf und Folgen der Weltwirtschaftskrise sind hierzulande bei den Historikern, auch den "Groß"historikern mit ihren Gehilfen, nicht angekommen. Dort erfreut sich der Spruch, daß Literaturkenntnis vor Neuentdeckungen schütze, ja erheblicher Beliebtheit.<sup>1</sup> Aus der Sicht dieses Autors offenbart dies grundsätzliche Mängel in der ansonsten verdienstvollen methodischen Schulung von Historikern. Auf die beiden anderen grundlegenden kritischen Argumente hat Popper (1957) ja mit aller Klarheit aufmerksam gemacht: Historiker arbeiten mit latenten Theorien, benutzen also nichtexplizite Hypothesen. Auch verlangt jede Beantwortung einer Hypothese aus Gründen der Logik einen möglichst expliziten Vergleich. Zugleich hat Popper vor linear-geschichtlichen Extrapolationen bzw. Prophezeiungen gewarnt. Lehren aus der Geschichte sind eine andere Sache.

Im englischsprachigen Raum - diese Aufsätze unsererseits sind alle in dieser Sprache verfaßt - hat es an weitgehend zustimmender Aufnahme dieser vergleichenden Analysen nicht gemangelt. Die Erwähnung durch Koryphäen der Politikwissenschaft wie Huntington (1991) und Linz und Stepan (1996) ist dabei vielleicht weniger wichtig als der Aspekt, daß die hier eingefügte Variable des *Prozesses der nationalen Konsensbildung* (Zimmermann und Saalfeld 1988; Zimmermann 1993) gewisse Aufmerksamkeit gefunden hat. Es geht aber um (bessere) Argumente und nicht um Zitationsfreuden.

Man kann die im Titel dieses Beitrags angeschnittenen Fragestellungen in sechs Zeitphasen untergliedern: erstens die Faktoren, die die wirtschaftliche Globalisierung

---

<sup>1</sup> Hier sei nur an den in diesem Jahre verstorbenen Nestor der Sozialgeschichte in Deutschland Hans-Ulrich Wehler erinnert, der diesen Spruch gern zur Hand hatte. Dabei widerspricht seine eigene Zitierweise in seinen umfassenden Fußnoten in einigen seiner weitverbreiteten Publikationen (z.B. Wehler 2003) jeder klaren Quellendarstellung. Merkwürdigerweise ist dies in den eigenen Fachgrenzen offensichtlich so wenig moniert worden, daß dies hier – bei aller sonstigen großen Ehrerbietung ob der Verdienste Wehlers – aus dem Blick einer Nachbardisziplin geschehen muß.

im Zeitraum von 1875-1913 begünstigt haben; zweitens die Faktoren, die ungeachtet der gestiegenen weltwirtschaftlichen Verflechtungen zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs beigetragen haben; drittens (und ab hier in Abb. 1 angeführt) die Folgen des Ersten Weltkriegs und damit viertens die Entstehung bzw. Ursachen der Weltwirtschaftskrise von 1929-1932; fünftens die wirtschaftlichen und politischen Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise und sechstens deren Ergebnis mit Blick auf das Überleben oder Scheitern von Demokratien. Unsere eigenen Arbeiten haben sich auf die Phasen V und VI konzentriert. Dabei war aber selbstverständlich auch auf vorhergehende Entwicklungen Rücksicht zu nehmen, vor allem solche in Phase III. Dementsprechend liegt der Schwerpunkt der nachfolgenden notwendig stark verkürzten Ausführungen auf den Phasen III und folgende.

## **II. Ein Phasen- und partielles Kausalmodell: Das Scheitern der Demokratien in Mitteleuropa als Folge gescheiterter Globalisierung**

Typisch für die Phase I, die fortschreitender Globalisierung (1875-1913), sind u.a. folgende Trends: der Abbau der Zölle zwischen den wirtschaftlichen Großmächten (Vereinigtes Königreich, US, Deutschland, Rußland, Frankreich), die Verringerung der Transportkosten durch den Bau von Dampfschiffen und Frachtern, Eisenbahnlinien, den Kanalbau u.a., die Beschleunigung der Informationsdienste durch Telegraph, Telefon und internationale Nachrichtenagenturen sowie vor allem die Etablierung des Gold- bzw. Gold-Devisenstandards. Dabei werden die Handelsbilanzdefizite durch den Abfluß von Gold (und anderen Währungsgeldern) automatisch beglichen, außenwirtschaftliche Gleichgewichte also vermieden. Dies führt im Empfängerland zu einer leichten Inflation, da nunmehr durch die größere Deckungsmenge in Gold mehr Geld geschaffen werden kann und die Nachfrage steigt. Umgekehrt schrumpft entsprechend die Gold- und Geldmenge im Land mit dem Einfuhrüberschuß, was dort die Preise tendenziell fallen läßt und das Land schrittweise wieder konkurrenzfähig macht. Damit setzt eine automatische Handels- und Zahlungsbilanzsaldierung und -sanierung, ein, und die internationalen Regeln der Golddeckung in der Verrechnung von Soll und Haben werden nicht angerührt.

Dieser Goldstandard war so erfolgreich, daß das relative Ausmaß der Kapitalinvestitionen im Ausland unter den großen Wirtschaftsnationen (im Verhältnis zum BIP) bis heute nicht wieder erreicht worden ist.

Mit der Zuspitzung der Aufrüstungs- und Modernisierungswettläufe ab November 1912 in Rußland, der britischen Antwort in den Jahren 1902-10 auf die Flottenaufrüstung Deutschlands und neue Koalitionsbildungen setzt die Phase II, die des unmittelbaren Kriegsausbruchs ein.<sup>2</sup> In den Kalkülen der führenden Politiker und mehr noch Militärs greifen Einkreisungs- und Kontrollmechanismen Platz, Strategien des Präventivkrieges und Überlegungen zur Balancierung des internationalen Kräftegleichgewichts. Die Überschätzung der eigenen Ressourcen im Falle der Mittelmächte, zugleich aber die Furcht, durch Nachrüsten und Modernisieren der russischen Seite und neue feindliche Bündnisse (England, Rußland und Frankreich) ins Hintertreffen zu geraten, macht deutlich, warum der Schlieffenplan mit der Idee eines „Blitzkriegs“ und einer separaten Kriegsführung im Westen die Köpfe der deutschen Politik und des Militärs beherrschte. Nach dem Scheitern des Zangenangriffs im Westen um Paris herum und dem „Wunder an der Marne“, wo die deutschen Truppen durch französische und englische Kräfte grundlegend gestoppt werden konnten, gab es weder einen Plan B noch das frühzeitige Eingeständnis eines Scheiterns in diesem Krieg.

Der Erste Weltkrieg brachte für die autokratischen multikulturellen und multikolonialen Regime eine vernichtende Niederlage (Pfad 1 – Phase III). Die demokratischen Kriegsgegner haben letztlich diesen Krieg Stellungskrieg gewonnen, was zum einen an ihren überlegenen materiellen Ressourcen, aber auch an ihrer breiteren Legitimationsbasis liegt. Sind Demokratien angegriffen oder fühlen sie sich als solche, aber auch, wenn sie selbst die Angreifer sind, sind sie nach den Analysen der vergleichenden Kriegsforschung in der großen Mehrheit der Fälle unter den Siegern zu finden (Wang und Ray 1994).

---

<sup>2</sup> Hier sind in der Politikwissenschaft u.a. die Theorien des Machtübergangs (Kugler und Organski 1989), umgekehrt die Theorie des *hegemonialen Abstiegs* (Gilpin 1981; Keohane 1984), des offensiven Realismus (Mearsheimer 2001), der Multipolarität (Waltz 1979; Simms 2013) von Bedeutung. Vieles aus diesem Bereich würde die Aussagen der Historiker zum Ersten Weltkrieg mehr als beleben.

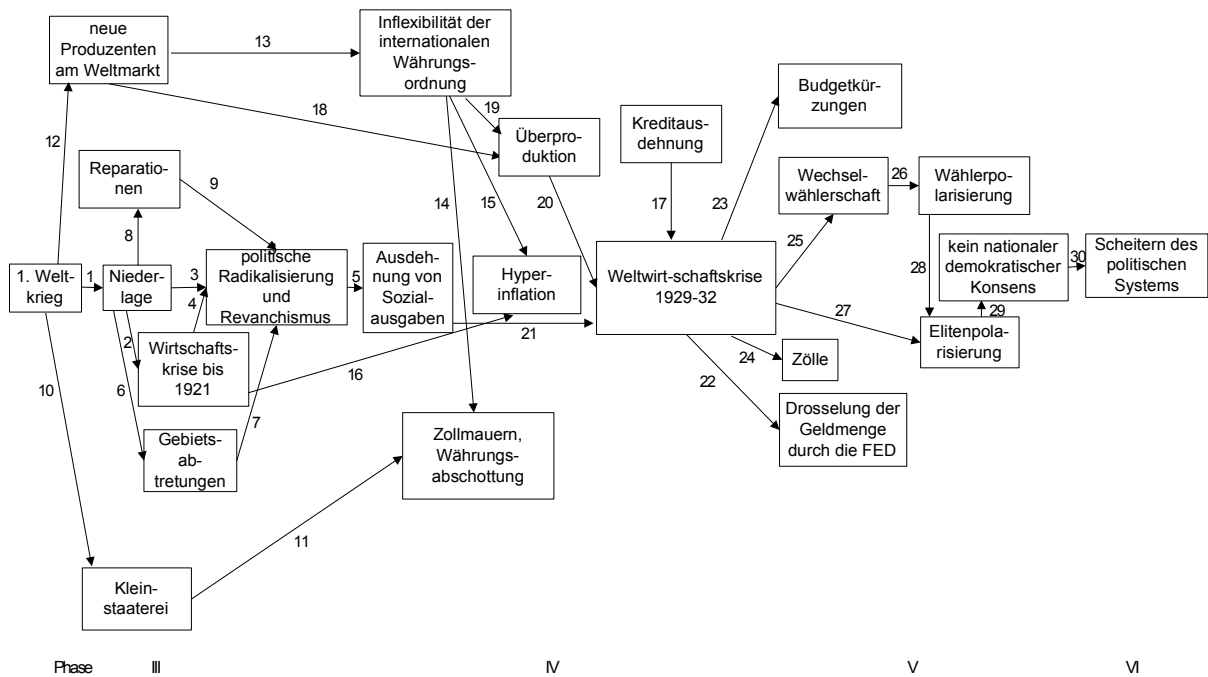


Abb. 1 Vier Phasen in der Analyse der Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Weltwirtschaftskrise und das Scheitern der Weimarer Republik

Diese Niederlage im Ersten Weltkrieg führt vor allem für den Hauptverlierer, Deutschland, zu einer großen Wirtschaftskrise bis weit in die 1920er Jahre hinein (Pfad 2), die sich aus der Erschöpfung der Ressourcen, der Demobilisierung der Streitkräfte, den Kosten für die Kriegsoffer und die Destabilisierung der Finanzen durch die gewaltige Steigerung der Staatsausgaben, das Wegbrechen von ausländischen Absatzmärkten sowie schließlich aus den Reparationskosten speist, die starke nationalistische Ressentiments auslösen. Daß die Reparationen im Vertrag von Versailles 20 Mrd. Goldmark bis 1921 betragen, dann immer wieder neu verhandelt worden sind, verglichen mit anderen historischen finanziellen Herausforderungen, etwa den Kosten der deutschen Einheit nach 1990, aber geringer einzuschätzen sind (Ritschl 2002), ändert nichts an der allgemein in Deutschland akzeptierten Ablehnung des „Versailler Diktats“. Niederlage und Wirtschaftskrise tragen beide zur politischen Radikalisierung bei (Pfade 3 und 4).

Nicht zuletzt um diese politischen Radikalisierung aufzufangen, dehnt der Weimarer Staat seine Sozialausgaben (Pfad 5) über das vertretbare wirtschaftliche Maß hinaus aus. Dies ist zumindest die These von Borchardt (1982; 1984), der damit einen starken binnenwirtschaftlichen Faktor für den Ausbruch der Wirtschaftskrise ab 1929

benennt (s. Ritschl 1998 für eine kritische Auseinandersetzung mit der Borchardt-These). Gebietsabtretungen infolge der Niederlage im Ersten Weltkrieg (Pfad 6) erfolgen oft einseitig und unter Verletzung der von Präsident Wilson in seinen 14 Punkten aufgestellten Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung (Punkte 5 und 9-13). Alte Minderheiten werden zu neuen Mehrheiten und behandeln die neuen Minderheiten entsprechend schlecht wie ehemals oder oft noch schlechter. Häufig willkürlich festgelegte Grenzen bewirken die Trennung gemeinsamer Völkerschaften. Dies begünstigt politischen Revanchismus (Pfad 7). Ähnliches lässt sich für die nach der Niederlage diktierten Reparationen (Pfade 8 und 9) sagen.

Die Neuaufteilung der staatlichen Gebiete bzw. Neubegründung von Staaten führt zu einer allgemeinen Kleinstaaterei (Pfad 10) mit entsprechenden Zollmauern und eigenständigen Währungen (Pfad 11), also einem absolut entgegengerichteten Schritt zu der vor dem Ersten Weltkrieg erreichten Integration der internationalen Güter- und Finanzmärkte.

Ein weiteres Bündel von Faktoren richtet sich auf die außenwirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs. Mit Argentinien, Kanada, Australien, Neuseeland und anderen Ländern treten neue Agrarproduzenten auf (Pfad 12), die ihre Gewinne aus der Lieferung von Nahrungsmitteln an die Alliierten im Ersten Weltkrieg z. T. in die Industrialisierung des eigenen Landes stecken und damit die spätere Überproduktion im Agrarsektor ab Mitte der Zwanziger Jahre und dem Industriesektor zu Ende der Zwanziger Jahre begünstigen.

Hinzu kommt die Inflexibilität in der angemessenen Aufrechterhaltung der bisherigen weltwirtschaftlichen Währungsordnung, des Goldstandards (Pfad 13). Für ein Funktionieren der im Goldstandard angelegten wirtschaftlichen Austauschmechanismen sind neue Zölle und Beschränkungen in währungspolitischer Hinsicht konträr (Pfad 14). Die Vielfalt der neuen Währungen, die auferlegten Zölle und Handelsrestriktionen und die nicht einsetzende Anpassung an diese neuen Umstände in einer Weltwährungsordnung, wie sie der Goldstandard noch vor dem Ersten Weltkrieg geboten hat, verschärft die Krise. So kommt es in Deutschland infolge der überhängenden Kriegsschulden und staatlichen Ausgabeninflation in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre

1923 zur Hyperinflation (Pfad 15 und 16), die zum Ruin der Mittelschichten beiträgt und deren bis dato gering entwickeltes Vertrauen in die neue Demokratie grundsätzlich erschüttert. Dies wird später in den Wahlen ab 1930 in erhöhter Wechselwählerschaft zur NSDAP deutlich, mit Ausnahme des katholischen und weniger stark des sozialdemokratischen Milieus (Falter 1991).

Wendet man sich den unmittelbaren Faktoren für den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 zu, der Phase IV in unserem graphisch-historischen Überblick, so sind zunächst die zunehmend sorglose Kreditausdehnung in den USA, aber auch die langfristigen Investitionen kurzfristig ausgeliehener Gelder aus den USA in Deutschland zu nennen (Pfad 17). Hinzu kommt die Überproduktion im Agrar- und Industriesektor durch die neu am Weltmarkt anbietenden überseeischen Länder bei gleichzeitig fehlerhafter „Steuerung“ der internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung (Pfade 18 bis 20). Aus der Vielzahl der Einflußfaktoren auf die Entstehung der Weltwirtschaftskrise von 1929 seien hier noch die Schuldeninflation, der Produktivitätsschock in der amerikanischen Landwirtschaft (mit weiterer Freisetzung von Arbeitskräften) und die Ungleichheit der Einkommen erwähnt. Für Deutschland ist bereits auf die Überlastung der Weimarer Finanzsituation durch überhöhte Sozialleistungen (Pfad 21) hingewiesen worden. Das heißt natürlich nicht, daß die Ausdehnung von Sozialausgaben in Deutschland die Weltwirtschaftskrise allgemein ausgelöst hat, wohl aber deren Verschärfung in Deutschland mitbewirkt hat.

Als Überreaktion auf diese Kreditausweitungen erfolgten Zinserhöhungen und die massive Drosselung der Geldmenge durch die FED (Friedman und Schwartz 1963 - Pfad 22) und damit Rückrufaktionen ausgegebener Kredite. Dies löst in Deutschland im Juli 1931 die Banken- und Finanzkrise aus. Ähnlich prozyklisch wirken die Ausgaben- und Gehaltskürzungen der Krisenpolitik von Brüning, die bis zu einem Drittel der bisherigen Werte gehen (Pfad 23). Ferner werden in vielen Staaten die Zölle massiv erhöht (Pfad 24), so in den US in Schnitt um 20 Prozent und mehr (Smoot-Hawley Tariff Act 1930).

Nunmehr kommen wir zu den unsererseits (Zimmermann 1985; 1987; 1988; Zimmermann und Saalfeld 1988) näher analysierten wirtschaftlichen und politischen

Folgen der Weltwirtschaftskrise in den Ländern Deutschland, Österreich, Belgien, Holland, Frankreich und Vereinigtes Königreich (Phase V in Abb. 1). Dabei sind für einzelne Befunde unterschiedliche weitergehende Länderstichproben gezogen worden, die jeweils bedeutsamen Länder aber eingeschlossen (vor allem US und Schweden). Zunächst einmal sind die Indikatoren für den wirtschaftlichen Kriseneinbruch keinesfalls so einzigartig dramatisch für Deutschland (Zimmermann 1985; Zimmermann und Saalfeld 1988). Auch erhöht sich in den Ländern Deutschland, Österreich, Belgien, Holland, Frankreich und Vereinigtes Königreich das Ausmaß der Wechselwählerschaft gleichermaßen parallel zur Verschärfung der Wirtschaftskrise (Pfad 25). Entscheidend ist dabei aber, wohin diese Wechselwähler (und auch bisherige Nichtwähler, s. Falter 1991) gehen. In Deutschland sind dies vor allem die Antisystem-Parteien (Pfad 26), wobei die NSDAP mit ihren Zuwachsraten von 1930 bis zur Juliwahl im Jahre 1932 eine der höchsten politischer Parteien im 20. Jahrhundert erzielt, dann allerdings im November 4.2 % der Stimmen im Reichstag verliert (auf 33,1 % der Stimmen, 33,6 % der Sitze), wohingegen die KPD auch in dieser Wahl kontinuierlich wie seit 1918 zulegt. Beide Parteien zusammen bescheren den Antisystem-Parteien seit 1932 eine Mehrheit. Entscheidend ist also zunächst nicht einmal die mit dem Anhalten der Krise gestiegene Wechselwählerschaft – diese hat sich in allen hier untersuchten Ländern geäußert – , sondern die damit verbundene *antisystemische Polarisierung der Wähler* in Deutschland, das Verschwinden des demokratischen Zutrauens der Wähler in der Mitte der Gesellschaft. Dies ist der *erste der entscheidenden beiden unterschiedlichen Faktoren*, die grundlegend für das Verständnis des Scheiterns der Demokratie an der Weltwirtschaftskrise im internationalen Vergleich sind.

Aus der gestiegenen Wechselwählerschaft resultiert auch wieder allgemein in Deutschland, Österreich, Frankreich und Belgien, aber nicht in Holland und dem Vereinigten Königreich, eine hohe Instabilität der Regierungen. Alle Regierungen gleichermaßen bringen mangels hinreichender Legitimierung durch die Wähler und/oder in Unkenntnis neuerer wirtschaftstheoretischer Entwicklungen nicht die Kraft zu antizyklischen Regierungsausgaben auf, verschärfen durch ihre Sparpolitik somit allgemein die Krise in den betroffenen Ländern. Dies zeigt sich besonders deutlich in den Ländern, die über 1931 hinaus am Goldstandard festhielten (Frankreich, Holland, Belgien u.a.), als das Vereinigte Königreich sich bereits von



der Bindung an den Goldstandard gelöst hat und Schweden ihm mit der Abwertung der Krone folgte (Eichengreen und Sachs 1985).

Mit dieser Verschärfung der Wirtschaftskrise haben die Regierungen in Deutschland und in Österreich zu einer Polarisierung der politischen Eliten beigetragen (Pfad 27). Dies ist der *zweite entscheidende Faktor* zum Verständnis des Scheiterns der Demokratie in Deutschland und auch Österreich (Pfade 28 bis 30), der sich aus der Differenzialdiagnose der wirtschaftlichen und politischen Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise in benachbarten europäischen Ländern und auch den USA ergibt.

In aller Kürze können die Differenzialfaktoren wie in Abbildung 2 zusammengefaßt werden, wobei die gepunkteten Linien die notwendigen Vermittlungsmechanismen zu dem Versagen hervorheben, einen nationaldemokratischen Konsens zu bilden.

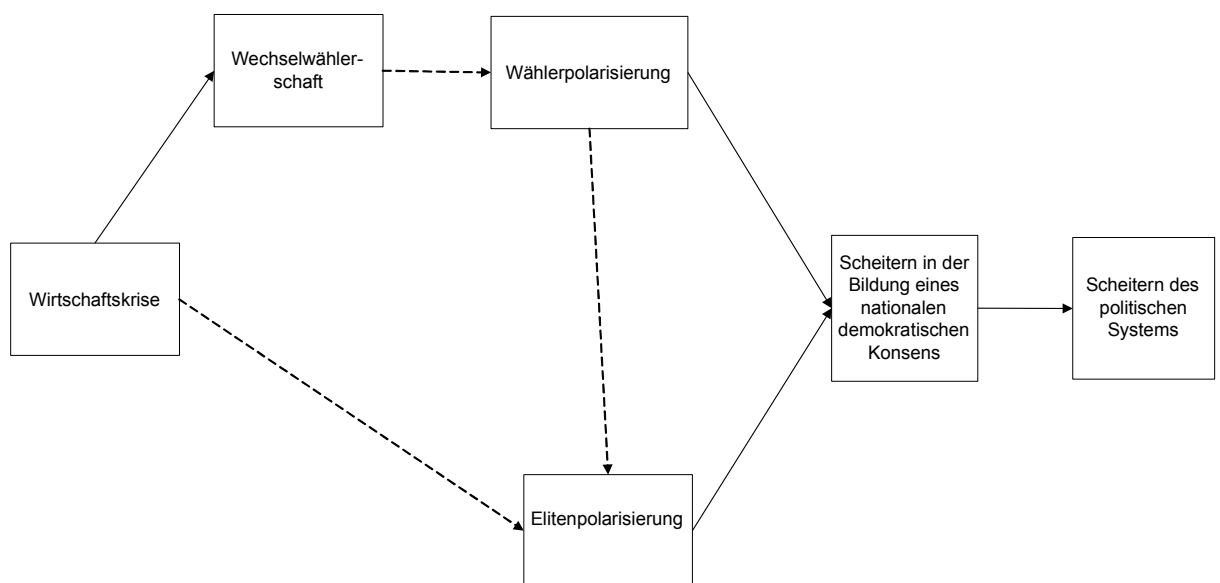


Abb. 2 Die Weltwirtschaftskrise und der Zusammenbruch demokratischer Regime: spezifizierende Variablen

Daß neben den differenziellen Faktoren im Sinne der Logik eines *Matching* auch andere Faktoren zu einem Scheitern der Demokratie in der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre beigetragen haben, ist unbestritten. Da aber eine Vielfalt von Faktoren in anderen Ländern ähnlich gewirkt hat und es auf die Bestimmung der näheren

Umstände des Machtverfalls, der Machtabgabe und Machtübergabe in Deutschland ankommt (Bracher 1978), ist die Herausarbeitung der beiden hier bezeichneten differenziellen Faktoren unverzichtbar.<sup>3</sup>

Die als Demokratie überlebenden Vergleichsländer waren bis auf die USA und Frankreich konstitutionelle Monarchien, wie Lipset (1994) scheinbar leichthin bemerkt hat, in Wirklichkeit aber auf die Flexibilität früherer Ober- und Führungsschichten hinweisend, die ihr historisches Überleben durch Eingehen auf Forderungen neuer sozialer und politischer Gruppen sichern konnten. In Deutschland sind diese politischen und sozialen Oberschichten mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg endgültig verschwunden (Dahrendorf 1965, Moore 1966).

In der Zusammenfassung der breiten Forschungen über das Entstehen und Überleben von Demokratien argumentiert Lipset (1994), daß in wirtschaftlichen und politischen Krisenzeiten Alteliten und neue Eliten zu einem Kompromiß finden müssen, wenn Gewaltausbrüche und der kostspielige Zusammenbruch des gesamten bisherigen politischen und wirtschaftlichen Systems vermieden werden soll. Die alten Eliten müssen zu dem Schluß kommen, daß die neuen Eliten möglicherweise Fähigkeiten besitzen, über die man selbst nicht verfügt, und daß diese Fähigkeiten für das eigene Überleben der Alteliten und das System insgesamt zuträglich sein können. Zugleich muss ihnen die Chance gewährt werden, in einem offenen Wahlverfahren zu einem späteren Zeitpunkt wieder den Regierungsstatus zu erwerben (Przeworski 1991). Umgekehrt dürfen die neuen Eliten nicht mit der Ausschaltung und auch physischen Beseitigung der neuen Eliten drohen.

Verfolgt man unter diesem Gesichtspunkt den Machtverfall in der Weimarer Republik, schon mit dem zunehmenden Regieren durch den Notstandsparagraphen 48 der Reichsverfassung seit der ersten Regierung Brüning im Jahre 1930 (Bracher 1984), so wird ein gezieltes Spiel von Alteliten und neuen Eliten erkennbar, das „Bündnis der Eliten“ (Fischer 1979). Freilich erschloss sich dieses den damals beteiligten Alteliten nicht unmittelbar, bzw. haben selbige ihre Machtbasis überschätzt. Der

---

<sup>3</sup> Zahlreiche andere Kausalwirkungen und Rückkopplungen, etwa von den Reparationen zur Wirtschaftskrise oder von den massiv gesteigerten Sozialausgaben zur Hyperinflation sind hier aus Gründen der größeren Übersichtlichkeit für die Hauptzusammenhänge weggelassen worden, ebenso wie Rückkopplungseffekte z.B. auf den Ablauf der Wirtschaftskrisen.

vorletzte Reichskanzler der Weimarer Republik, von Papen, überzeugte den Reichspräsidenten von Hindenburg darin, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, weil man diesen in eine nationale Koalition mit der DNVP „einrahmen“ könne, der „Trommler“ sich dermaßen als nützliches Bollwerk gegenüber Kommunisten und auch Sozialdemokraten erweisen könne, bis Weihnachten 1933 seine Aufgaben erledigt habe, entlassen werden könne und im Unterschied zu Brüning auch nicht in die Korruptionsaffären der ostelbischen Agrarier Einblick nehmen wolle.

Man glaubte also den „Juniorpartner“ bei nächster Gelegenheit wieder loswerden zu können. Die Bonapartismus-Theorie von Thalheimer (1972) kommt diesem Gedankengang recht nahe. Allerdings hat man sich in der Kräftebasis und Rücksichtslosigkeit der neuen „Junior“-Machthaber grundlegend getäuscht, die zwar nur drei Minister stellten, aber de facto über die große Mehrheit gewaltsamer Ressourcen verfügten (solange die Reichswehr stillhielt). Daß ebendie sozialen Gruppen um die DNVP, also die Steigbügelhalter für Hitlers Regierungskoalition, in der Salamtaktik Hitlers das letzte Opfer unter den politischen „Gegnern“ bedeuteten, wurde ihnen erst mit zunehmender Verschlechterung der Lage im Zweiten Weltkrieg deutlich.

### III. Schlußfolgerungen

Entscheidend bei dieser vergleichenden Analyse ist, daß die Wähler in den überlebenden und im Zweiten Weltkrieg obsiegenden Demokratien die Opposition innerhalb der parlamentarischen Systemgrenzen gewählt haben und nicht system-oppositionelle Parteien schlechthin. Damit ließen sich gemäßigte Maßnahmen mit einem breiteren Konsens verabschieden. So bildeten sich nationale Regierungen in Großbritannien unter einem Labour Premierminister MacDonald, der sich besonderer Wertschätzung des Königs erfreute und von diesem um eine Führung der Konservativen Partei, die der große Wahlsieger von 1931 waren, gebeten wurde.<sup>4</sup> Ähnlich bilden sich große Gewinnkoalitionen in den Niederlanden in den Jahren 1933 ff. unter Colijn wie auch in Belgien unter van Zeeland in den Jahren 1935 ff. Man kann diese das System bewahrenden Koalition spieltheoretisch weitgehend als „*assurance game*“, also von Vertrauen gespeiste Kooperation, abbilden, wohingegen

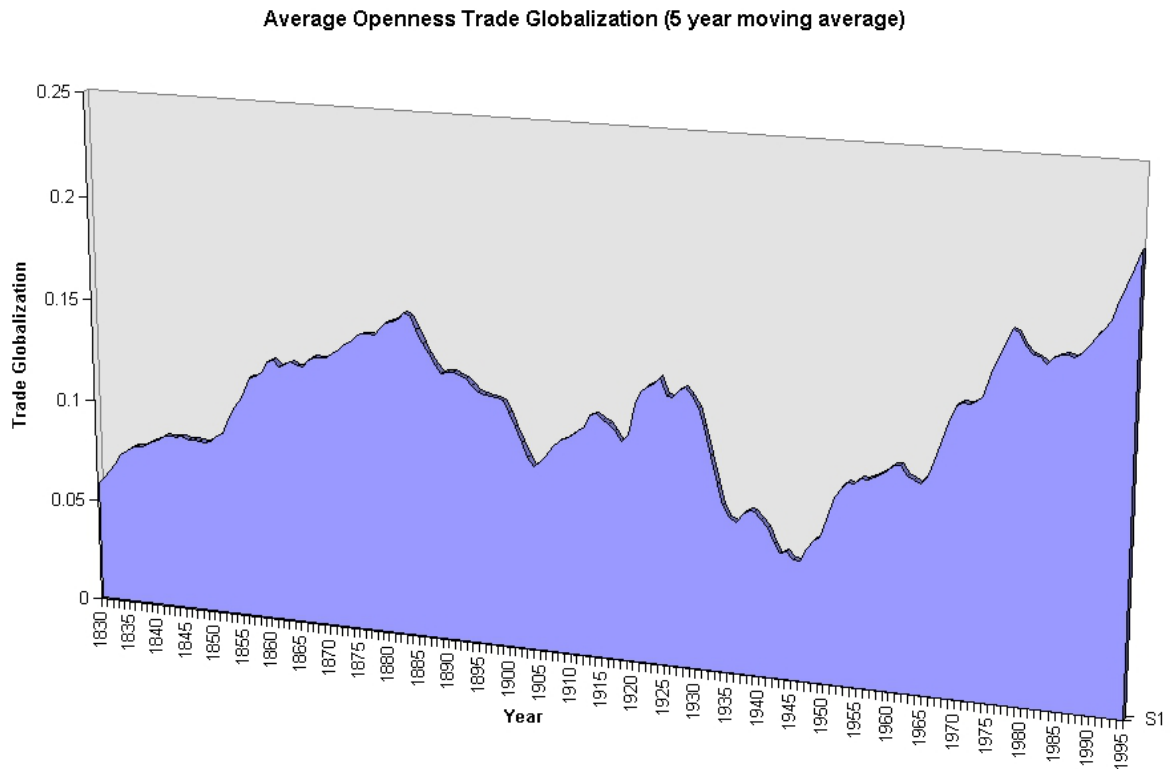
---

<sup>4</sup> Harold Macmillan hat dies 1932 beispielhaft gegenüber Mosley und seinen Schwarzhemden ausgedrückt: “You must be mad. Whenever the British feel strongly about anything, they wear grey flannel trousers and tweed jackets.” (<http://www.telegraph.co.uk/culture/books/3651771/Menacing-but-comical.html>).

sich im deutschen Falle und andernorts Gefangenendilemmata (Zimmermann 2000) vorherrschen.

Eine solches Reaktionsmuster kommt aber nur zustande, wenn sich politische Eliten und die hinter ihnen stehende Wählerschaft auf ein grundlegendes politisches System, in diesem Falle die parlamentarische Demokratie, einigen. Sind Wechselwähler und politische Eliten wie auch vormalige Nichtwähler über das politische System hinaus in einer Polarisierung befangen, so sind die Chancen für ein Überleben der bisherigen politischen und oft auch wirtschaftlichen Ordnung gering entwickelt. Die Folgekosten, im deutschen Fall der verlorene zweite Weltkrieg mit Völkermord, können immens werden.

Große Wirtschaftskrisen müssen also nicht ein Scheitern der politischen Ordnung zur Folge haben. Der Politik verbleibt ein Spielraum, den sie nutzen kann. Dies gilt sogar angesichts der Tatsache, daß zu Beginn der Dreißiger Jahre zahlreiche alternative Ordnungen wie Kommunismus, Nationalsozialismus, andere Formen der Autokratie und ständestaatlicher Lösungen lebhaft proklamiert worden sind, von daher die Überlebenschancen der Demokratie schon nachhaltig eingeschränkt waren.



**Abb. 3: Gleitende 5-Jahresdurchschnitte für den Anteil des Exports am BIP, summiert für alle Länder**

Quelle: <http://wsarch.ucr.edu/archive/papers/c-d&hall/isa99b/isa99b.htm>

Kehren wir zur Idee der Globalisierung zurück und ihrem katastrophalen Scheitern in der Zwischenkriegszeit (Abb. 3), so fällt auf, daß die USA nach dem Zweiten Weltkrieg ein vollständig anderes Muster der internationalen Institutionenbildung als im Gefolge des Ersten Weltkriegs gewählt haben. Zwar schlug man dort einen Völkerbund vor, trat dem dann aber nicht bei, was Hitler bei dem schadensfrohen Austritt Deutschlands im Oktober 1933 nicht unerwähnt ließ.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde mit der Reform des internationalen Währungssystems in Bretton Woods, dem sukzessiven Abbau von Zoll- und Handelshemmnissen, der großzügigen Gewährung von Krediten an den großen europäischen Gegner Deutschland und dem militärischen Schutzmantel des Sicherheitsbedürfnisses in Form der NATO eine gegenteilige und dann entsprechend erfolgreiche Strategie entwickelt. Angesichts des heutigen Export- und Importanteils von Deutschland gibt es schlichtweg keinerlei Alternative zur wirtschaftspolitischen

Globalisierung. Dass diese entgegen der Freihandelstheorie den Konflikt in Form des Ersten Weltkriegs nicht verhindert hat, gehört zu den Erschütterungen menschlicher Erkenntnis.<sup>5</sup> Ein Teil der Auseinandersetzungen um das Buch von Clark (2013) dreht sich ja gerade um diesen Punkt, inwieweit die politische Sphäre autonom von Faktoren wirtschaftlicher Verflechtung handeln konnte, und wiederum die militärische unabhängig von der politischen Führung, nachdem für das Militär in mehreren Ländern sukzessiv sehr schnell grünes Licht gegeben worden ist (Leonhard 2014).

## Literatur

- Borchardt, Knut. 1984. Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die Diskussion in Deutschland in den frühen dreißiger Jahren. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 1:6-16.
- Borchardt, Knut. 1982. *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Bracher, Karl Dietrich. 1984. *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*. 6. Aufl. Königstein: Athenäum.
- Clark, Christopher. 2013. *The Sleepwalkers: How Europe Went to War in 1914*. New York: HarperCollins.
- Dahrendorf, Ralf. 1965. *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper.
- Eichengreen, B. und J. Sachs. 1985. Exchange Rates and Economic Recovery in the 1930s. *Journal of Economic History* 45 (4):925-46.
- Falter, Jürgen (1991). *Hitlers Wähler*. München: C.H. Beck.
- Fischer, Fritz (1979). *Das Bündnis der Eliten*. Düsseldorf: Droste.
- Friedman, Milton und Anna Schwartz. 1963. *A Monetary History of the United States, 1867–1960*. Princeton: Princeton University Press.
- Gilpin, R. 1981. *War and Change in World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Huntington, Samuel P. 1991. *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Oklahoma: University of Oklahoma Press.
- Keohane, R.O. 1984. *After Hegemony*. Princeton: Princeton University Press.
- Kugler, J. und A.F.K. Organski. 1989. The Power Transition: A Retrospective and Prospective Evaluation. In: Midlarsky, M. (ed.): *Handbook of War Studies*. Boston: Unwin Hyman: 171-94.
- Lewin, Kurt. 1952. *Field Theory in Social Science: Selected Theoretical Papers*. London: Tavistock.
- Leonhard, Jörn. 2014. *Die Büchse der Pandora: Geschichte des Ersten Weltkrieges*. München: C.H.Beck.
- Linz, Juan J. und Alfred Stepan. 1996. *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour Martin. 1994. The Social Requisites of Democracy Revisited. *American Sociological Review* 59 (1):1-22.
- Mearsheimer, John. 2001. *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: Norton.
- Moore, Barrington, Jr. 1966. *Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. Boston: Beacon Press.
- Popper, K.R. 1957. *Das Elend des Historizismus*. Tübingen: J.C.B. Mohr.

<sup>5</sup> Die Theorie des demokratischen Friedens (Russett und Oneal 2001) mit den der Reihe nach wichtigsten Erklärungsfaktoren: demokratische Nationenpaare, Außenhandel und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen kommt für die Erklärung des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs nicht infrage, da zwei der Ursachefaktoren nicht greifen. Man könnte das natürlich auch als Beleg für diese Theorie sehen, käme damit aber einer logischen Erschleichung nahe.

- Przeworski, Adam. 1991. *Democracy and the Market; Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. New York: Cambridge University Press.
- Ritschl, Albrecht. 2002. *Deutschlands Krise und Konjunktur, 1924-1934: Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*. Berlin: Akademie Verlag.
- Ritschl, Albrecht. 1998. [Reparation Transfers, the Borchardt Hypothesis, and the Great Depression in Germany, 1929-1932: A Guided Tour for Hard-headed Keynesians](#). *European Review of Economic History*, 2 (1): 49-72.
- Russett, Bruce M. und John R. Oneal. 2001. *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations*. New York: Norton.
- Simms, Brendam. 2013. *Europe: The Struggle for Supremacy, 1453 to the Present: A History of the Continent Since 1500*. London: Allen Lane.
- Thalheimer, August. 1972. Über den Faschismus, in: *Faschismus und Kapitalismus. Theorie über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*. Hrsg. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/Main. Europäische Verlagsanstalt: 9-19.
- Waltz, Kenneth. 1979. *Theory of International Politics*. New York: McGraw Hill.
- Wang, Kevin, and James Lee Ray. 1994. "Beginners and Winners: The Fate of Initiators of Interstate Wars Involving Great Powers Since 1495." *International Studies Quarterly* 38(March): 139-54.
- Wehler, Hans-Ulrich. 2003. *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Band 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*. München: C.H.Beck.
- Zimmermann, Ekkart. 2014. Das Experiment in den Sozialwissenschaften: Entwicklungen und Chancen. Einleitung zum Sonderheft *Soziale Welt*.
- Zimmermann, Ekkart. 2000. Coalition Games as Stabilizing or Destabilizing Factors during the Great Depression: Preliminary Evidence from Germany, Sweden, Great Britain, France and Germany. In: Stein Larsen (ed.): *The Challenges of Theories on Democracies*. New York: Columbia University Press: 285-308.
- Zimmermann, Ekkart. 1993. Political Breakdown and the Process of National Consensus Formation: On the Collapse of the Weimar Republic in Comparative Perspective. In: Frederick D. Weil (ed.) *Democratization in Eastern and Western Europe. Research on Democracy and Society*. Greenwich, Conn.: JAI Press: 267-97.
- Zimmermann, Ekkart. 1988. The Puzzle of Government Duration: Evidence from Six European Countries during the Interwar Period. *Comparative Politics* 20 (3): 341-57.
- Zimmermann, Ekkart. 1987. Government Stability in Six European Countries during the World Economic Crisis of the 1930s: Some Preliminary Considerations. *European Journal of Political Research* 15 (1): 23-52.
- Zimmermann, Ekkart. 1985. The 1930s World Economic Crisis in Six European Countries: A First Report on Causes of Political Instability and Reactions to Crisis. In: Paul M. Johnson and William R. Thompson (eds.): *Rhythms in Politics and Economics*. New York: Praeger: 84-127.
- Zimmermann, Ekkart und Thomas Saalfeld. 1988. Economic and Political Reactions to the World Economic Crisis of the 1930s in Six European Countries. *International Studies Quarterly* 32, no. 3: 305-34.